

Der Strompreis hat nicht nur Nachteile, sondern ist ein Segen

Die Jahre billiger elektrischer Energie sind vorbei. Das zwingt Private und Firmen dazu, Strom zu sparen und in Effizienz zu investieren. Endlich, findet **Peter Burkhardt**.



Illustration: Kornel Stadler

Seit Beginn von Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine herrscht in der Schweiz Panik – wegen der hohen Strompreise, aber vor allem wegen der angeblich drohenden Winterstromlücke. Bei den SBB dürfen die Bähnler nur noch kalt duschen, der oberste Aufseher über die Strombranche rät zum Kauf von Kerzen und Holz. Selbst die Grünen opfern den Landschaftsschutz zugunsten grosser Solaranlagen in den Alpen, und die grösste Arbeitgeberin Migros bereitet sich darauf vor, Hunderte Läden zu schliessen.

Ob die Panik angebracht ist, muss bezweifelt werden. Denn wir haben in Europa nicht zu wenig Strom, auch im Winter nicht. Sondern der ins Absurde gestiegene Gaspreis treibt den Strompreis nach oben. Trotzdem überbieten sich Politiker mit mehr oder weniger gescheiterten Lösungsvorschlägen. Diese Woche zum Beispiel stimmte der Ständerat für eine Schwächung des Umweltschutzes, um mit alpinen Solaranlagen den mutmasslich drohenden Stromengpass im Winter zu lindern.

Wahr ist: Den Ausbau von Solaranlagen hat die Schweiz jahrzehntelang sträflich vernachlässigt. Es ist sinnvoll, hier Gas zu geben, damit wir Abschied nehmen können von Atomkraft und fossilen Energien. Aber der Bevölkerung vorzugaukeln, dies sei bis zum Winter realistisch, ist unwahrhaftig. Denn seit Freitag liegt in den Alpen Schnee, das benötigte Material kann wegen Lieferengpässen gar nicht so schnell geliefert werden, und es mangelt an Fachpersonal.

Während Politiker in operative Hektik verfallen, nutzen findige Unternehmenslobbyisten die Krisenstimmung. Zuvor hatten die Firmen jahrelang den freien Strommarkt gepriesen, weil sie an den Börsen zu unschlagbar tiefen Preisen Strom

Wir alle könnten grosse Mengen Strom sparen. Und zwar nicht, indem wir im Winter schlottern und Betriebe schliessen.

Peter Burkhardt,
Ressortleiter Wirtschaft



kaufen konnten. Nun, da er teuer geworden ist, fordern sie plötzlich die Abkehr vom freien Markt. Oder sie machen die hohle Hand und wollen Geld vom Staat.

Dabei, so zeigt ein neuer Bericht des Bundesamts für Energie zuhänden des Bundesrats, gäbe es in der Schweiz ein viel wirksameres Mittel, um drohende Engpässe zu vermeiden: Wir alle – Private und Unternehmen – könnten grosse Mengen Strom sparen. Und zwar nicht, indem wir auf Komfort verzichten, im Winter schlottern und Betriebe schliessen. Sondern, indem wir modernste technische Mittel einsetzen, die es auf dem Markt bereits gibt.

Gratis ist das nicht zu haben. Denn für den Ersatz alter Stromfresser durch neue Geräte und für den Einbau intelligenter Stromsteuerungen sind erhebliche Investitionen nötig. Aber sie zahlen sich, je nach Gerät, innert einem Jahr oder einigen wenigen Jahren aus – vor allem jetzt, da Strom so teuer ist.

Skeptiker mögen einwenden, das alles komme für diesen Winter ebenfalls zu spät. Da haben sie grösstenteils recht, denn Investitionen in mehr Energieeffizienz tätigt man nicht von heute auf morgen, sondern langfristig. Trotzdem könnte die Schweiz gemäss Fachleuten bereits in kurzer Zeit erhebliche Mengen Strom einsparen – vor allem, wenn Industrie- und Dienstleistungsbetriebe Geräte einbauen würden, die den Energieverbrauch dem tatsächlichen Bedarf anpassen.

Gewiss, die höheren Strompreise sind für Haushalte mit geringem Einkommen und Vermögen ein grosses Problem. Mieterinnen und Mieter müssen mit einem extremen Anstieg der Nebenkosten rechnen. Und Unternehmen, die nun mit explodieren

den Preisen leben müssen, geraten an den Rand der Existenz. Ihren Mitarbeitenden drohen Kurzarbeit und Entlassungen – und den Unternehmen im schlimmsten Fall das Aus.

Doch ohne zynisch wirken zu wollen: Der hohe Strompreis hat nicht nur negative Seiten, sondern er ist ein Segen. Denn er zwingt uns zum Sparen und zum Investieren in mehr Energieeffizienz. Das schont letztlich den Geldbeutel und die Umwelt. Es erhöht die Versorgungssicherheit. Und vermindert die Abhängigkeit von ausländischen Energieträgern.

Keine gute Idee ist es darum, wenn der Staat die Strompreise künstlich tief hält. Genau das sehen die Europäische Union, Deutschland, Österreich und Grossbritannien vor. Ihre Regierungen wollen die Strompreise einfrieren, um Haushalte und Unternehmen zu entlasten. Damit würgen sie jedoch den Anreiz fürs Sparen und Investieren gleich wieder ab.

Gescheiter wäre es, Private und Haushalte gezielt zu entlasten. Etwa, indem der Bundesrat die ohnehin hohen Gebühren für die Benutzung der Stromnetze senkt. Ausgerechnet jetzt sollen diese noch deutlich steigen, wovon die Aktionäre der Netzgesellschaft Swissgrid und der Stromwerke von Städten, Gemeinden und Kantonen profitieren würden.

Sinnvoll wäre es auch, die Sondergewinne abzuschöpfen, welche die Stromkonzerne dank der hohen Strompreise erwirtschaften. Sie könnten eingesetzt werden, um jenen Unternehmen mit staatlichen Krediten zu helfen, die wegen der hohen Preise pleitegehen würden. Und um Investitionen in erneuerbare Energien zu unterstützen – und ins Sparen und einen effizienteren Einsatz von Strom.

Badrans #Korrigendum



Politics by Behauptung

In der NZZ-Wirtschaftsredaktion ist wieder mal ihr religiöser Eifer erkennbar: «Was gut ist für die Kapitaleigentümer, ist gut für uns alle!» Der neueste Rundumschlag kommt vom NZZ-Chefökonom (wie er sich selbst nennt) zur Verrechnungssteuer-Vorlage. Er meint zu wissen, dass ich einen ideologischen Kampf gegen das Kapital führe: «Eine Reformvorlage der Bürgerlichen übervorteilt das böse Kapital und die noch böseren Konzerne und ermöglicht es den Reichen, Steuern zu hinterziehen.» So seine Zusammenfassung (ergänzt mit einer Karikatur eines Bonzen mit «Salami-Zigarre») eines Erklärvideos, welches ich zur Vorlage gemacht habe und worin ich mit Salamischeiben hantiere.

Zugegeben, die Erklärvideos sind zugespitzt – jedoch immer faktenbasiert. Fakten notabene, die wir seit Jahrzehnten selbst erheben müssen; zum Beispiel durch unzählige schriftliche Anfragen an Steuerverwaltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden. Die seit Mitte der 90er-Jahre andauernde Steuerpolitik der Entlastung der Kapitaleigentümer und der Belastung von Konsum und Arbeit von rechts lebt von gewollter Intransparenz. Das führt dazu, dass sie irgendetwas behaupten können und wir ihnen das Gegenteil beweisen müssen. Nicht umgekehrt, wie seriöse Politik gehen müsste.

Dabei ist die Metapher mit der Salamitaktik mehr als gerechtfertigt. Eine Chronologie in Stichworten:

Ziel: «Kapital- und Vermögensteuer reduzieren; vorwiegend werden Einkommen und Konsum besteuert» (Zitat aus Strategiebericht Finanzdepartement). Seit den Neunzigerjahren: drei Unternehmenssteuerreformen plus privilegierte Dividendenbesteuerung, 13 Reduktionen der Stempelabgabe (quasi Mehrwertsteuer für den Finanzbereich), 17 Revisionen (meist Teilabschaffungen) der Verrechnungssteuer. Kosten = 5 Milliarden Franken Mindereinnahmen (offizielle Zahlen vom Bund) zugunsten Kapitaleigentümer. Evaluation der versprochenen «positiven dynamischen Effekte» = null. Dafür mehrfache Erhöhung der Mehrwertsteuer und diverser Abgaben. Kosten = plus 5 Mrd. Mehreinnahmen, zahlt die Bevölkerung. Kronzeugin der NZZ (und anderer Medien), dass das allen nützt: Mehreinnahmen bei der Gewinnsteuer. Nur: Das zeigt einzig und allein, dass die Gewinne der Konzerne explodiert sind, und rein gar nichts über positive Effekte der Steuerpolitik.

Die neueste Salamischeibe heisst Verrechnungssteuer-Vorlage. Ursprüngliches Ziel: zurückholen der Konzernfinanzierungsaktivitäten von Luxemburg in die Schweiz. Ursprüngliche Vorlage: Systemwechsel (Erhalt Sicherungszweck) bei der Verrechnungssteuer = Abschaffung Verrechnungssteuer, dafür Einführung einer Zahlstelle respektive Meldepflicht für juristische (!) Personen. Wir von der SP wären dafür gewesen, weil zielgenau und sachgerecht.

Aber nein, die Vorlage muss unsachgemäss überladen werden: Hineinschmuggeln der Abschaffung Umsatzabgabe (Mehrwertsteuer Finanzbereich). Dafür: Rausnehmen des Systemwechsels = keine Zahlstelle, keine Meldepflicht = Steuerhinterziehungsgeheimnis im Inland wird geschützt. Dazu: Reinnehmen natürliche Personen und indirekte Anlagen (zum Beispiel Obligationenfonds). Was hat das alles mit «Geschäft der Konzernfinanzierung zurückholen» zu tun? Das kommt einer Einladung zur Steuerhinterziehung gleich. Jetzt erst sind wir dagegen.

Kosten bei normalisiertem Zins: 800 Millionen Franken – wobei 500 Millionen ins Ausland fließen. Verheissung und Behauptung: In wenigen Jahren bereits durch höhere Steuereinnahmen kompensiert durch Zurückholen (des nun vollständig steuerbefreiten) Obligationengeschäfts. Kronzeugin: eine Studie des BAK von 2019. Methode «Expertengespräche», «eigene Überlegungen»: ungenügend – wie bereits der renommierte Prof. Marius Brühlhart anmahnte. Das Geschäft mit Obligationen in der Schweiz sei zurückgegangen. Stimmt. Der Gesamtmarkt schon, aber just die Obligationen von verrechnungspflichtigen inländischen Emittenten sind um 57 Prozent gestiegen. Autsch! Und dies nur ein Beispiel für zig Ungereimtheiten.

Politics by Behauptung müsste den Medien ein Dorn im Auge sein. Ihr Job ist doch, zu recherchieren, hinter die Kulissen zu schauen, ihren zahlenden Abonnenten Orientierung verschaffen, damit diese sich eine Meinung bilden können. Methodisch ungenügende Studien, hinterlistiges parlamentarisches Gebaren sollten kritisch beleuchtet und endlich wissenschaftliche Evaluationen der Steuerpolitik gefordert werden. Recherchieren statt Rundumschläge.

Jacqueline Badran ist Unternehmerin und SP-Nationalrätin des Kantons Zürich.